



**Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen
betreffend Kanton Zug als TiSA-freie Zone
vom 28. November 2016**

Die Fraktion Alternative - die Grünen hat am 28. November 2016 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen, den Kanton Zug im Sinne eines Signals als TiSA-freie Zone zu erklären.

Begründung

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services [GATS]) sollte die Grundlage für eine permanente Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs – sprich Service Public – schaffen: Basisdienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt und die Chancengleichheit wichtig sind und zu denen alle freien Zugang haben müssen, sind vom GATS betroffen: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Luft, Wasser, Transporte, Öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege usw.

Das GATS gilt vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden und ist für alle Verwaltungsebenen verpflichtend. Kantone und Gemeinden sind also direkt betroffen. Das Abkommen stellt das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem es namentlich die Möglichkeit der lokalen Behörden einschränkt, im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich.

In Europa haben deshalb anfangs 2000er Jahre weit über 1000 Gemeinden in Grossbritannien, Frankreich, Österreich und Belgien Massnahmen zum GATS ergriffen, indem sie AntiGATS-Motionen verabschiedeten, sich zu GATS-freien Zonen erklärten oder Resolutionen verabschiedeten, die den Abbruch der GATS-Verhandlungen forderten. In der Schweiz haben sich mehr als 90 Städte (u.a. Bern und Zürich mit einem Beschlussantrag für eine Resolution 2005) und Gemeinden zur GATS-freien Zone erklärt und damit ihre Besorgnis über die (sensible Bereiche betreffenden) GATS-Verhandlungen ausgedrückt.

Seit 2000 wird das GATS im Rahmen der DOHA Runde neu verhandelt – und weil DOHA stockt, steht auch GATS still. Nun haben sich die Staaten – mit dabei auch die Schweiz – die eine Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes und des Service Public wollen, unter Druck multinationaler Unternehmen in der «Gruppe der sehr guten Freunde» zusammengesetzt. Sie verhandeln völlig im Geheimen ein Abkommen in einer Koalition der Willigen, das TiSA (Trade in Services Agreement). TiSA ist wegen neuer Regeln demokratiepolitisch noch viel heikler als das GATS:

- **Negativlisten:** Gemäss TiSA muss jeder Vertragsstaat eine Liste der Dienstleistungen erstellen, die von der Marktöffnung ausgenommen werden sollen. Für alles, was auf der Liste fehlt, gilt zwingend Marktöffnung. Beim GATS galten noch Positivlisten: ein Staat musste aktiv deklarieren, was geöffnet werden soll.
- **Ratchet-Klausel:** Gemäss TiSA-Abkommen darf eine einmal gemachte Marktöffnung nicht mehr zurückgenommen werden.

- Standstill-Klausel: Gemäss TiSA-Abkommen darf die Regulierungsdichte, wie sie bei Unterzeichnung des Abkommens besteht, zukünftig nicht mehr erhöht werden.
- Future-proofing-Klausel: Gemäss TiSA-Abkommen sind sämtliche künftigen Dienstleistungen, die heute noch nicht erfunden sind, zwingend der Marktöffnung ausgeliefert. Der Bundesrat verhandelt also geheim, an der Bevölkerung vorbei, gegen den sozialen Frieden, gegen die demokratischen Regeln der Schweiz und gegen staatsrechtliche Grundsätze.

Das TiSA (Trade in Services Agreement) wird im Geheimen verhandelt. Noch fünf Jahre nach dem Abschluss oder Scheitern der Verhandlungen sollen die Resultate völlig geheim bleiben. Die Bevölkerung wird also selbst bei einem Beitritt der Schweiz zu TiSA nicht wissen, was genau entschieden wurde. Zusätzlich zu diesem undemokratischen Vorgehen verhandelt der Bundesrat ohne korrektes Mandat: Er verhandelt TiSA im Rahmen des mehr als zehnjährigen DOHA-Mandat, obwohl TiSA ausserhalb der WTO verhandelt wird und nach neuen Spielregeln spielt. Die in TiSA eingeführten Instrumente (siehe oben) machen es zudem praktisch unmöglich abzuschätzen, welche Folgen das Vertragswerk in Zukunft haben wird.

Aus diesen Gründen soll sich der Kanton Zug im Sinne eines Signals zur TiSA-freien Zone erklären, analog zu den weltweiten Massnahmen zu GATS.